

In der Senatssitzung am 9. Juni 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

02.06.2020

L 14

Vorlage für die Sitzung des Senats am 09.06.2020

„Digitale Integrationskurse für Geflüchtete“
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Gibt es in Bremen digitale Lernangebote für Geflüchtete, die den Ausfall der Integrations- und Berufssprachkurse ausgleichen?
2. Nimmt Bremen an den vom BAMF finanzierten Online-Tutorien und virtuellen Klassenzimmern mit Unterricht über Videokonferenzen teil?
3. Wenn nicht, bedenkt der Senat für diese Möglichkeit bei den Bremer Trägern zu werben?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Frage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Fragen 1 und 2:

Die Unterbrechung aller Integrations- und Berufssprachkurse wegen der Maßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus stellt einen großen Einschnitt für die betroffenen Kursteilnehmenden dar. Mit der Verwendung von webbasierten Angeboten kann zumindest der Lernfortschritt der Teilnehmenden erhalten beziehungsweise gefestigt und die Wartezeit bis zur regulären Fortführung der Kurse sinnvoll genutzt werden.

Im Land Bremen werden derzeit 72 Online-Tutorien angeboten und 29 Berufssprachkurse im virtuellen Klassenzimmer fortgeführt.

Diese Kursangebote sind unter bestimmten Voraussetzungen offen für Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung.

Zu Frage 3:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Träger von Integrationskursen und Berufssprachkursen rechtzeitig über die bestehenden Online-Angebote informiert, die Bremer Träger werden von der Außenstelle Bremen des BAMF unterstützt. Die digitalen Angebote werden in Bremen erfolgreich umgesetzt, weitere Maßnahmen hält der Senat für nicht erforderlich, zumal der reguläre Kursbetrieb schon bald wieder anlaufen wird.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Genderbezogene Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 02.06.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.